

Demokratie Monitor 2025

Erste Ergebnisse

Seit 2018 untersucht der Demokratie Monitor einmal pro Jahr, was die Menschen über das politische System in Österreich und die Demokratie im Allgemeinen denken. In den acht Jahren seines Bestehens hat der Monitor turbulente Zeiten begleitet, die auch an unserer Demokratie nicht spurlos vorübergegangen sind. Dabei hat die erste Erhebung im vergleichsweise ereignislosen Jahr 2018 Richtwerte geliefert, anhand derer Veränderungen gut nachvollzogen werden können.

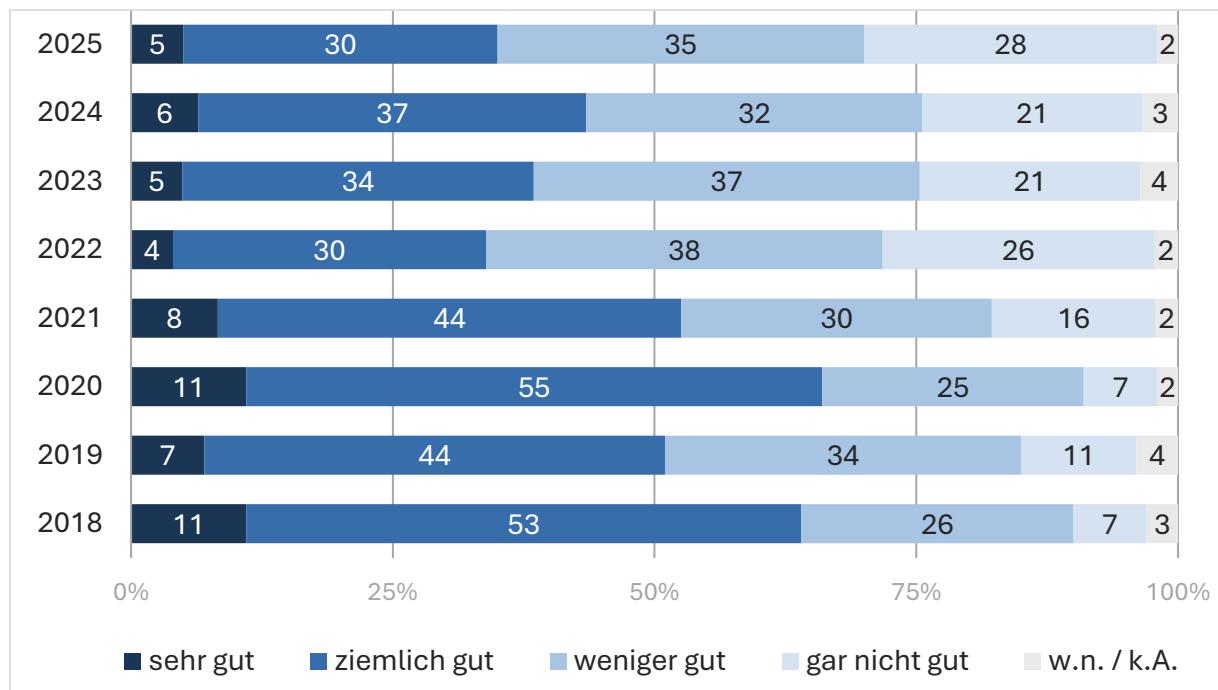
Die diesjährige repräsentative Befragung von 2.005 Menschen ab 16 Jahren mit Wohnsitz in Österreich fand im Oktober und November statt.

Zufriedenheit mit dem politischen System gesunken

Derzeit denken 35% der Menschen, dass das politische System in Österreich gut funktioniert – das sind um sieben Prozentpunkte weniger als vor zwölf Monaten (43%). Ein Jahr nach der Nationalratswahl ist die Zufriedenheit damit wieder auf ihren bislang tiefsten Wert aus dem Jahr 2022 (34%) zurückgefallen, nachdem sie sich 2023 und 2024 etwas erholt hatte.

Der Blick zurück an den Beginn des Monitors verdeutlicht außerdem: 2018 waren mit 64% beinahe doppelt so viele Menschen von der Funktionsweise des politischen Systems überzeugt.

„Alles in allem betrachtet: Funktioniert das politische System in Österreich sehr gut, ziemlich gut, weniger gut oder gar nicht gut?“



Weiterhin hohes Vertrauen in die Regeln & Praktiken der Demokratie

Der im Zeitverlauf zu beobachtende Vertrauensverlust betrifft nicht das gesamte politische System. Mit jenen Institutionen und Praktiken, die staatliches Handeln verlässlich machen und individuelle Rechte gewährleisten, sind die Menschen nach wie vor zufrieden: Der Verwaltung vertrauen derzeit 60%, den Gerichten 64% und der Polizei 73% – das sind ebenso viele wie 2018.

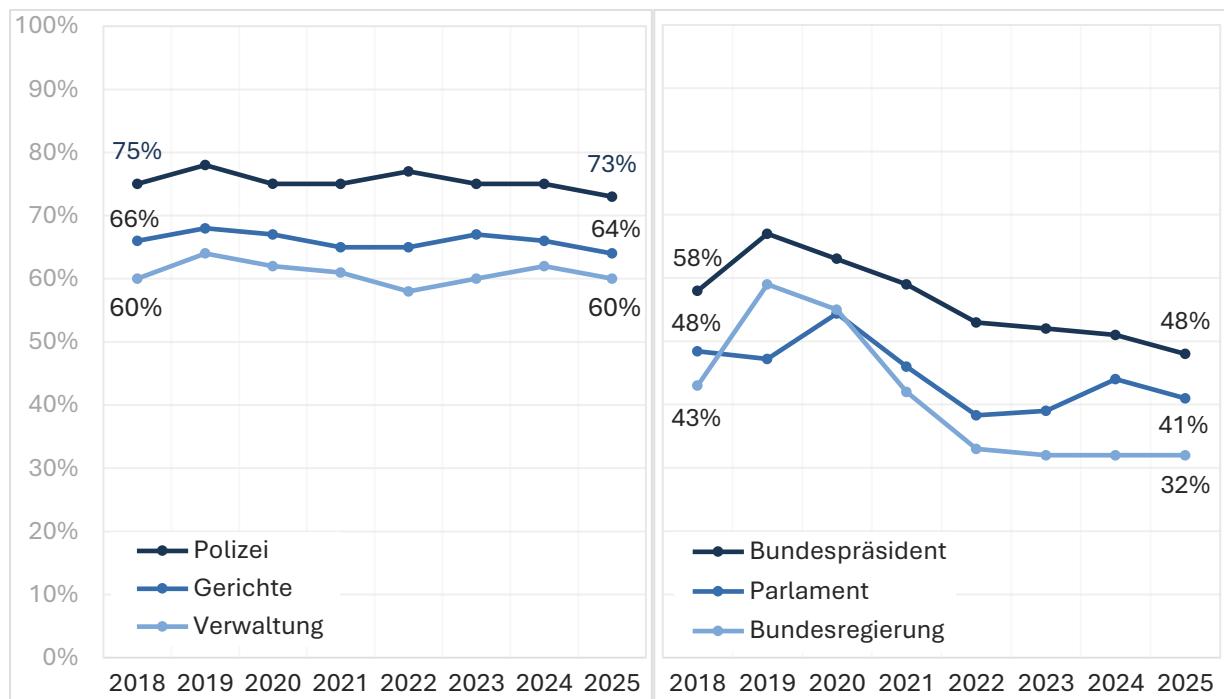
Für das Prozedere der Gesetzgebung gilt ähnliches: Über die Jahre hinweg sind jeweils rund drei Viertel (aktuell: 76%) der Menschen in Österreich davon überzeugt, dass unsere Gesetze regelkonform zustande kommen. Auch dem Verfassungsgerichtshof als oberstem Hüter dieser Gesetze vertrauen konstant rund vier Fünftel (aktuell: 79%).

Jedoch Zweifel an Repräsentation & Mitsprache

Demokratie ist mehr als ein verlässliches Regelwerk – sie beinhaltet auch das Versprechen, dass die eigenen politischen Anliegen gehört und bei wichtigen Entscheidungen mitberücksichtigt werden. In eben diesem Zusammenhang ist über die vergangenen Jahre hinweg eine Lücke entstanden. So sahen sich 2018 noch 61% der Menschen im

Parlament gut vertreten, derzeit sind es mit 31% nur noch halb so viele. Parallel dazu haben all jene Institutionen und Akteur:innen an Vertrauen verloren, die von den Bürger:innen zur Vertretung ihrer politischen Anliegen gewählt werden.

„Vertrauen Sie den folgenden Institutionen sehr, ziemlich, wenig oder gar nicht?“ (dargestellt: vertraue sehr & ziemlich)



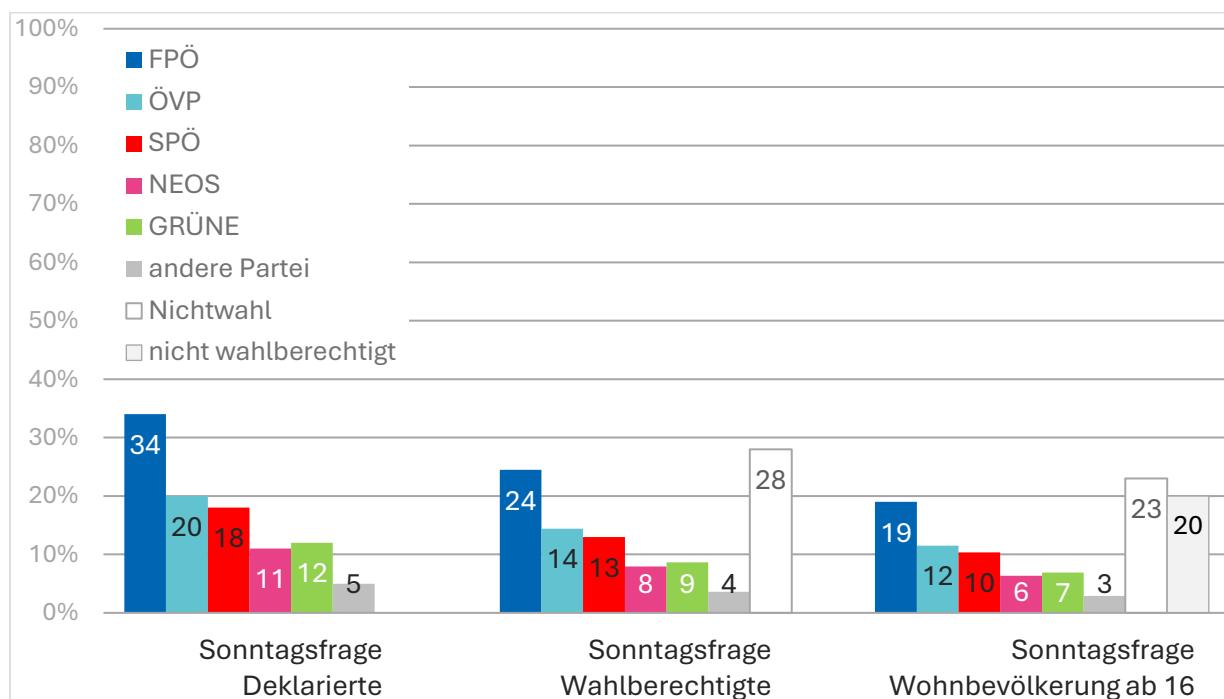
Die Repräsentationslücke in Zahlen – am Beispiel der Sonntagsfrage

Die so genannte Sonntagsfrage berichtet auf Basis von Umfragen über die Parteipräferenzen der Bevölkerung, wenn „nächsten Sonntag“ gewählt würde. Sie ist Teil der politischen Debatten in den Zeiträumen zwischen Wahlen. Bezüglich der politischen Repräsentation der Bevölkerung lässt die Sonntagsfrage jedoch einen zentralen Teil der Geschichte unerwähnt (siehe Abbildung nächste Seite):

- Betrachtet man alle Wahlberechtigten, ist der Anteil jener, die derzeit ihre Stimme nicht abgeben würden (28%) größer als der Anteil der stimmenstärksten Partei (24%).
- Betrachtet man die gesamte Wohnbevölkerung ab 16 Jahren, kommen weitere 20% hinzu, die aufgrund ihrer Staatsbürgerschaften kein Wahlrecht haben.

In der üblichen Darstellung der Sonntagsfrage sind damit die politischen Präferenzen von 43% der Bevölkerung im wahlfähigen Alter nicht vertreten.

„Wenn am Sonntag Nationalratswahl wäre: Welcher Partei würden Sie Ihre Stimme geben?“



Im Jahresvergleich ist das Vertrauen im mittleren & oberen Drittel gesunken

Die Zufriedenheit mit dem politischen System wird nach wie vor am stärksten durch die finanzielle Lage bestimmt¹: Derzeit denken 50% der Menschen im oberen und 38% der Menschen im mittleren Drittelpersonen, dass unser politisches System gut funktioniert – im unteren Drittelpersonen sind es im Vergleich dazu nur 19%.² Der Zeitverlauf verweist hierbei auf zwei unterschiedliche Entwicklungen:

- (1) Im *mittleren und oberen Drittelpersonen* hat sich die Zufriedenheit von 2020 auf 2022 halbiert und ist in den beiden darauffolgenden Jahren deutlich angestiegen. Dieser positive

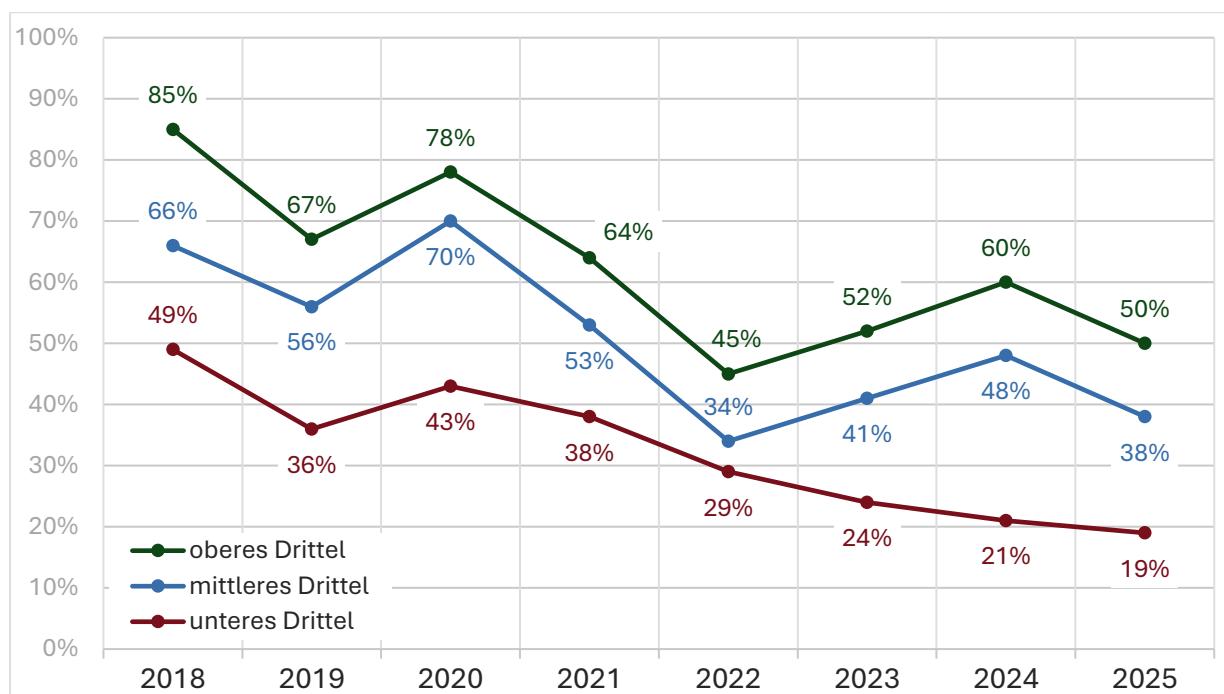
¹ Berechnet mittels Regressionsmodell: Ein statistisches Verfahren, das den Effekt von möglicherweise erklärenden Merkmalen (Geschlecht, Alter, formale Bildung, Einkommen, Stadt/Land und Parteipräferenz) auf eine zu erklärende Variable (die Zufriedenheit mit dem politischen System) schätzt.

² Die Drittelpersonen werden auf Basis des äquivalisierten Nettohaushaltseinkommen berechnet. Dieses liegt im mittleren Drittelpersonen zwischen 2.300 und 3.400 Euro im Monat (Demokratie Monitor 2025). In Österreich lag er Median des äquivalisierten Nettohaushaltseinkommens im Jahr 2024 bei 2.768 Euro im Monat (Statistik Austria 2025).

Trend hat sich in den vergangenen zwölf Monaten wieder umgekehrt: In beiden Gruppen ist die Zufriedenheit mit dem politischen System um jeweils rund zehn Prozentpunkte gefallen.

- (2) Im *unteren Drittel* fällt die Zufriedenheit demgegenüber über alle Erhebungsjahre hinweg geringer aus, sie schwankt weniger entlang aktueller Ereignisse und sinkt seit 2020 kontinuierlich. So dachten 2020 noch 43% der Menschen im unteren Drittel, dass das politische System gut funktioniert, inzwischen sind es nur mehr 19%.

„Alles in allem betrachtet: Funktioniert das politische System in Österreich sehr gut, ziemlich gut, weniger gut oder gar nicht gut?“ (dargestellt: sehr & ziemlich gut)



Erfahrungen von fehlender Repräsentation haben sich bis in die Mitte der Gesellschaft hinein ausgeweitet

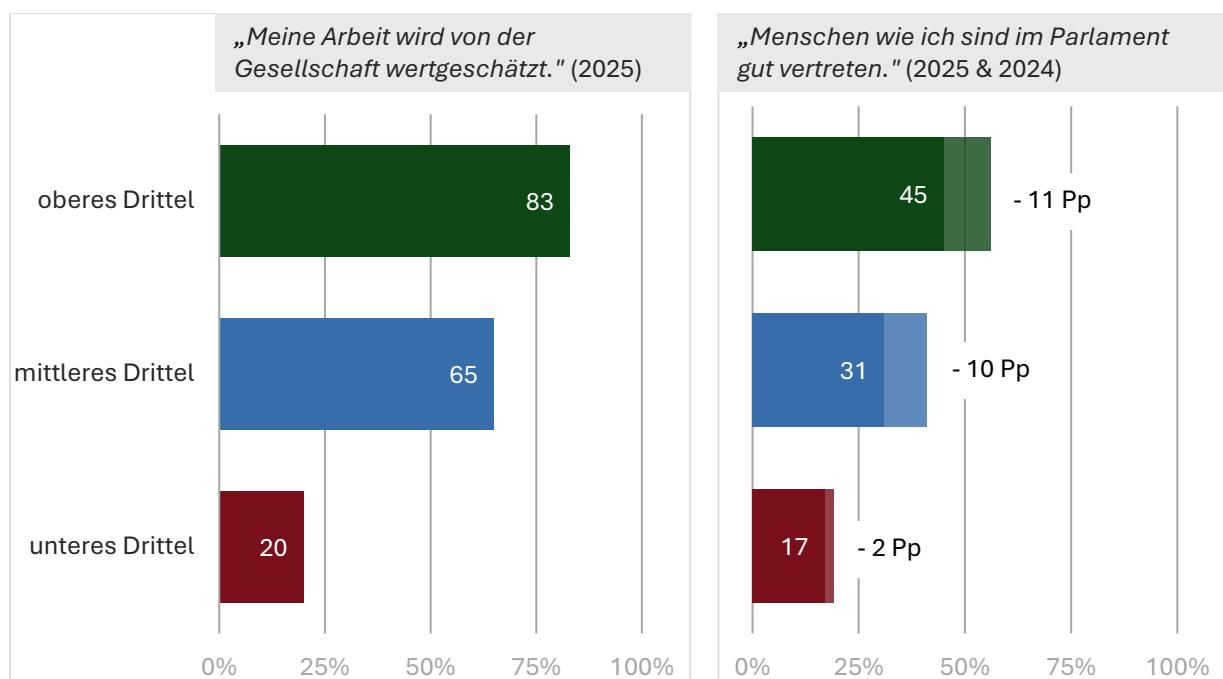
In Zusammenhang mit den Ursachen für das geringe Vertrauen im unteren Drittel zeigt sich zunächst ein direkter Effekt: Je geringer das Einkommen der Menschen, desto geringer fällt auch ihre Zufriedenheit mit dem politischen System aus. Mit den finanziellen Mitteln einher gehen zudem Erfahrungen, welche die Menschen als Teil unserer Demokratie machen und die ebenfalls auf ihr Vertrauen drücken. Zwei davon wirken besonders stark:

- **Gesellschaftliche Wertschätzung für Arbeit:** Je weniger davon die Menschen in ihrem Alltag erfahren, desto geringer ist ihre Zufriedenheit mit dem politischen System.
- **Fehlende Repräsentation:** Je weniger die Menschen sich bzw. ihre politischen Anliegen im Parlament vertreten sehen, desto geringer fällt ihre Zufriedenheit mit dem politischen System aus.

Im Zeitverlauf sticht nun hervor, dass das Ausmaß an wahrgenommener Wertschätzung der Arbeit relativ konstant bleibt und v.a. eine Frage der Klassenzugehörigkeit ist. Derzeit berichten 83% der Menschen im oberen und 65% jener im mittleren Drittelp, jedoch nur 20% der Menschen im unteren Drittelp davon, dass sie ihre Arbeit als von der Gesellschaft wertgeschätzt erleben – das sind ähnlich viele wie in den Jahren zuvor.

Auch von fehlender Repräsentation berichtet allen voran das untere Drittelp, aktuell sehen sich nur 17% von ihnen im Parlament gut vertreten. Dieser Anteil hat sich in den vergangenen Jahren kaum verändert – im Gegensatz zum mittleren und oberen Drittelp: Entlang der im Jahresvergleich geringer ausfallenden Zufriedenheit mit dem politischen System sehen sich derzeit weniger Menschen als noch 2024 im Parlament gut vertreten.

„Stimmen Sie folgenden Aussagen sehr, ziemlich, wenig oder gar nicht zu?“ (dargestellt: stimme sehr & ziemlich zu)



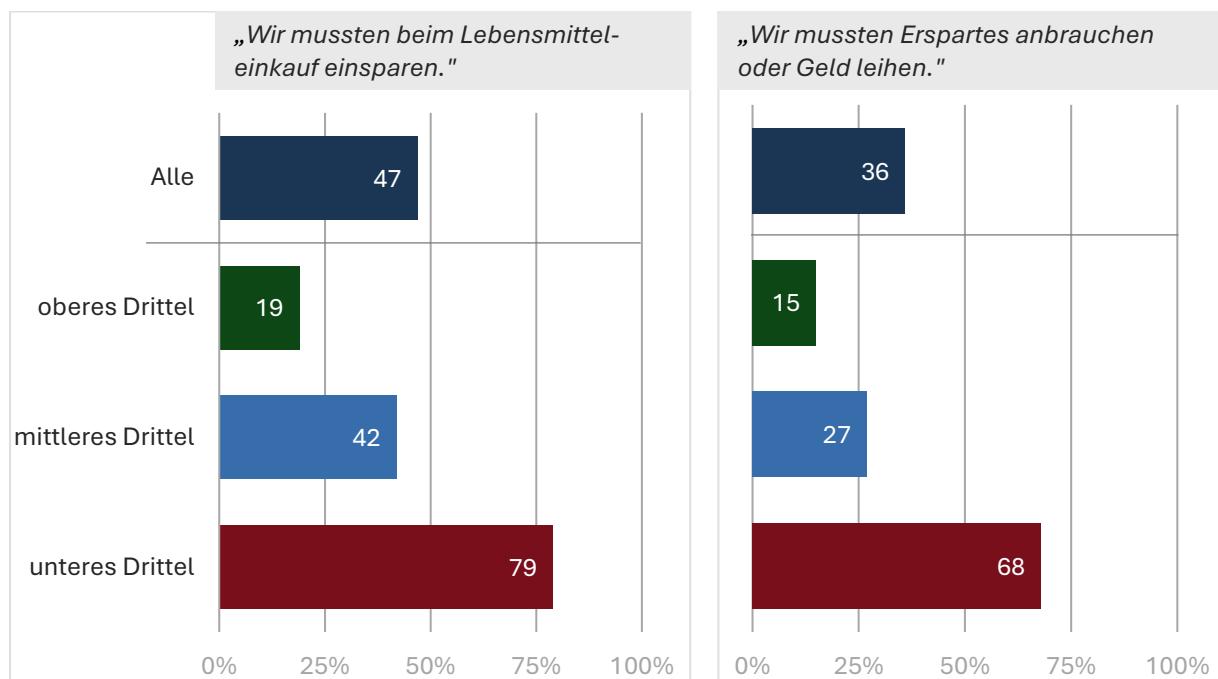
Die Teuerung drückt das Vertrauen in das politische System...

In Zusammenhang mit finanzieller Sicherheit bestimmt die nach wie vor hohe Inflation die Lebensrealitäten vieler Menschen: In den vergangenen zwölf Monaten musste knapp die Hälfte (47%) beim Lebensmitteleinkauf einsparen und mehr als ein Drittel (36%) musste wegen der Teuerung auf Ersparnes zurückgreifen oder sich Geld leihen.

Damit trifft die Teuerung viele, jedoch nicht alle gleich: Während im oberen Drittel rund ein Fünftel (19%) bei Lebensmitteln spart, gilt dies für rund vier Fünftel (79%) im unteren Drittel. Grundsätzlich ist festzuhalten: Sind die Menschen von diesen und ähnlichen Auswirkungen der Teuerung betroffen, fällt ihre Zufriedenheit mit dem politischen System geringer aus.

Zu den bereits notwendigen Einschränkungen hinzu kommt die Sorge, den eigenen Lebensstandard künftig nicht mehr halten zu können. Diese ist im mittleren Drittel am stärksten ausgeprägt (68% im Vergleich zu 54% im unteren und 18% im oberen Drittel) und wirkt sich ebenfalls negativ auf das Vertrauen der Menschen in das politische System aus.

„Bleiben wir noch kurz bei den letzten 12 Monaten: Trifft da folgendes auf Ihren Haushalt zu?“



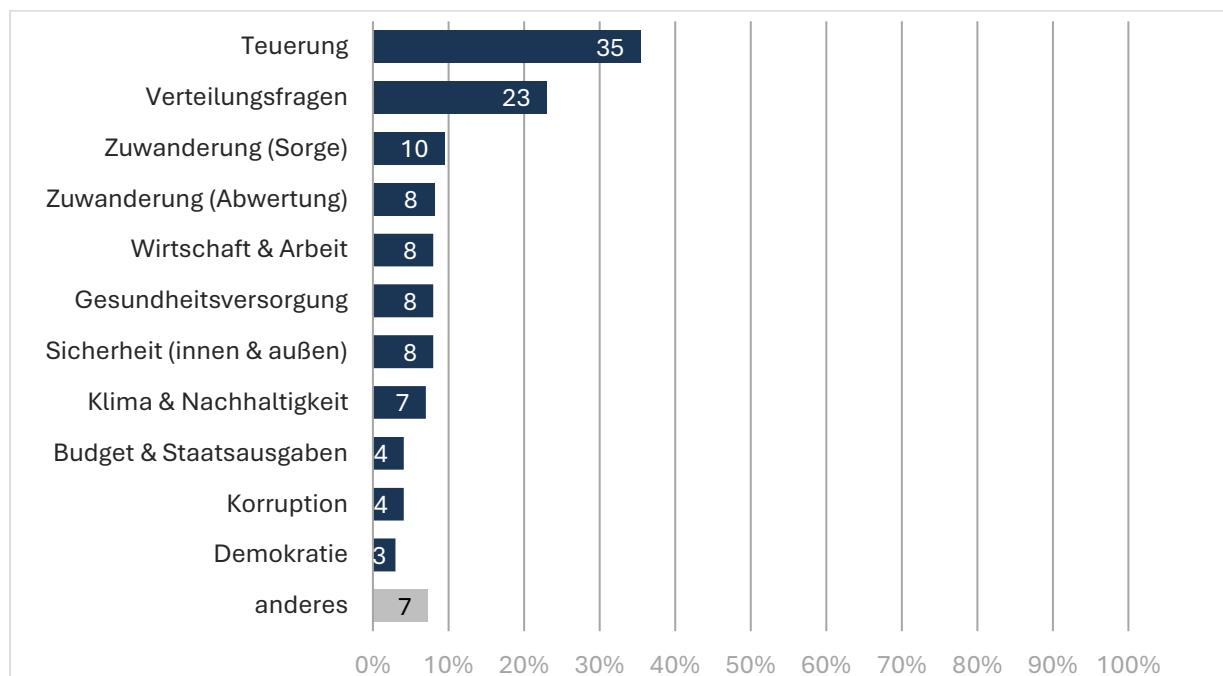
...und ist das derzeit wichtigste Thema

Bitten wir die Menschen, uns ihr derzeit wichtigstes politisches Anliegen zu berichten, steht die Teuerung ganz oben auf der Liste: Etwas mehr als ein Drittel (35%) aller Nennungen bezieht sich u.a. auf die hohen Preise bei Lebensmitteln und Energie sowie auf die hohen Wohnkosten. An zweiter Stelle (23% der Nennungen) folgt mit Fragen der Verteilung ein verwandtes Thema, das u.a. Armutsbekämpfung, die Sicherung des Lebensstandards oder die Schere zwischen Arm und Reich umfasst.

Das am dritthäufigsten berichtete politische Anliegen der Menschen betrifft die Zuwanderung (18% der Nennungen), wobei in der detaillierten Analyse zwei unterschiedliche Tonalitäten unterschieden werden können: In etwa die Hälfte der Nennungen ist respektvoll formuliert und drückt in erster Linie Sorgen z.B. über Integration aus. In der anderen Hälfte der Nennungen werden hingegen abwertende oder rechtsextreme Bezeichlichkeiten wie Remigration verwendet.

Zurückkommend auf die Teuerung sticht schließlich hervor, dass diese nicht nur in allen Bevölkerungsgruppen, sondern auch über die Parteigrenzen hinweg am häufigsten genannt wird.

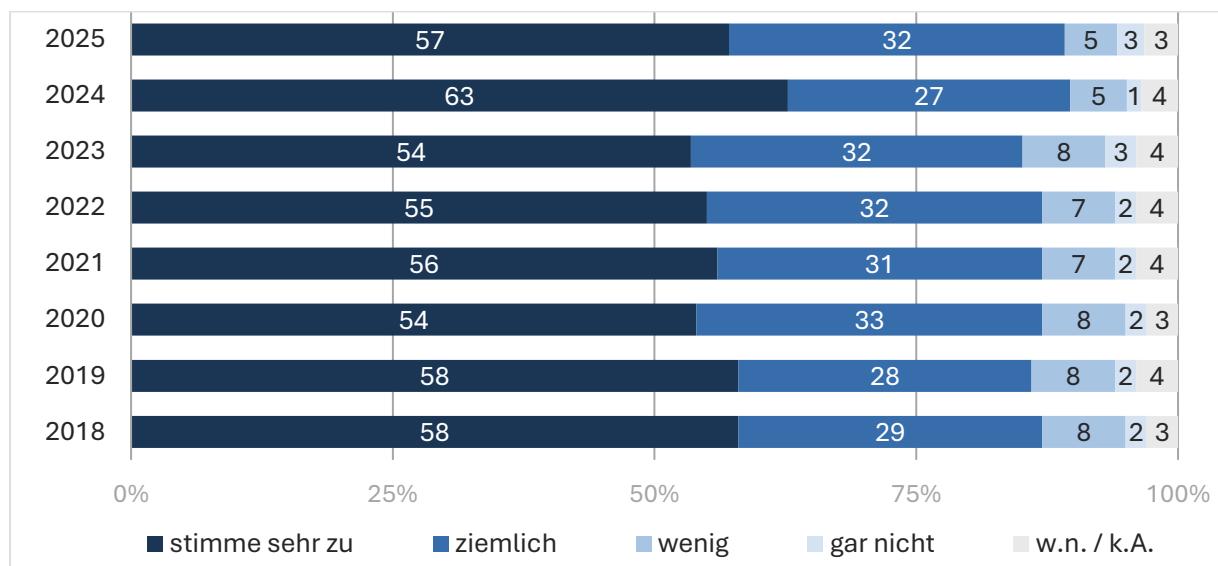
„Was ist Ihr derzeit wichtigstes politisches Anliegen?“ (offene Frage, bis zu 3 Nennungen)



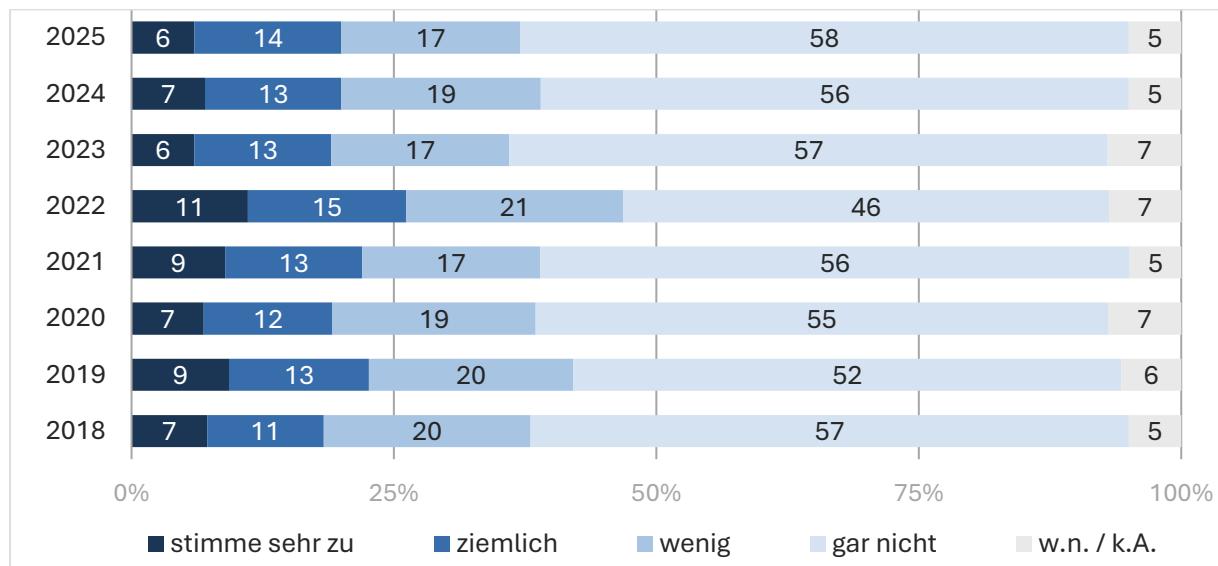
Das demokratische Bewusstsein bleibt über die Jahre hinweg stabil

Während die Zufriedenheit mit dem politischen System Schwankungen unterliegt, verändert sich die Haltung der Menschen zur Demokratie im Zeitverlauf nicht. So denken derzeit beispielsweise 89% der Menschen, dass die Demokratie die beste Staatsform ist – das sind ebenso viele wie in den Jahren zuvor. Der gegenteiligen Ansicht – dass es einen starken Führer geben sollte, der sich nicht um Parlament und Wahlen kümmern muss, stimmen aktuell 20% zu. Abgesehen von einem vorübergehenden Anstieg im Jahr 2022 bleibt auch dieser Wert über die Zeit hinweg konstant.

„Die Demokratie ist die beste Staatsform, auch wenn sie Probleme mit sich bringen mag.“



„Es sollte einen starken Führer geben, der sich nicht um Parlament und Wahlen kümmern muss.“



Die Stabilität dieser und ähnlicher grundsätzlicher Haltungen bleibt auch dann bestehen, wenn die einzelnen Indikatoren zu Einstellungsmustern zusammengefasst werden: Über die Jahre hinweg berichten rund zwei Drittel der Menschen konsistent demokratische und rund 8% durchwegs autoritäre Haltungen. Das restliche Viertel liegt zwischen diesen beiden Gruppen – während demokratische Haltungen überwiegen, stimmen sie auch einzelnen autoritären Aussagen zu.

Zusammenfassend kann an dieser Stelle festgehalten werden, dass das demokratische Bewusstsein in Österreich Luft nach oben hat, es jedoch keine Hinweise darauf gibt, dass die Demokratie seit 2018 an Zustimmung verloren oder eine Diktatur Anhänger:innen gewonnen hätte.

Mehr – nicht weniger Demokratie

Angesichts wieder zunehmender Unzufriedenheiten und der aufgezeigten Repräsentationslücke setzt die Mehrzahl der Menschen auf eine Stärkung demokratischer Verfahren:

- 64% sprechen sich für einen Ausbau der Beteiligungsmöglichkeiten aus, wobei Volksbegehren weniger Zustimmung erhalten als Dialogverfahren, die eine tiefergehende Auseinandersetzung mit Themen ermöglichen.

- Davon unabhängig sind aus Sicht der Bevölkerung wichtige politische Entscheidungen im Parlament zu treffen (78%), dessen Rechte in ihrer derzeitigen Form erhalten (54%) oder ausgeweitet (37%) werden sollen.

Kontakt:

Martina Zandonella

Mail: mz@foresight.at

Tel: 01 / 585 33 44 - 44

Eine breite Plattform:

Der Demokratie Monitor wird von zahlreichen Institutionen und Unterstützer:innen getragen, denen unser Dank gilt:

- communication matters Kollmann & Hemmer GmbH
- GW Cosmetics GmbH
- Industriellenvereinigung
- Karl-Renner-Institut
- Merkur Taxaid Wirtschaftsprüfungs- und Steuerberatungs GmbH
- NEOS Lab
- Österreichischer Gewerkschaftsbund
- Österreichischer Rundfunk
- Österreichischer Städtebund
- Zukunftsfonds der Republik Österreich

Eckdaten der repräsentativen Befragungen:

	2018	2019	2020	2021	2022	2023	2024	2025
Grundgesamtheit								
	in Österreich lebende Menschen ab 16 Jahren							
Art der Befragung								
	50% Telefon (CATI)- & 50% Online (CAWI)- Interviews							
Stichprobenziehung								
	CATI: Zufallsstichprobe aus dem öffentlichen Telefonbuch & mittels Random-Last-Digit generierter Telefonnummern CAWI: Ziehung aus dem offline rekrutierten Access-Panel							
Stichprobe								
	2.158 Befragte	2.185 Befragte	2.188 Befragte	2.003 Befragte	2.164 Befragte	2.081 Befragte	2.007 Befragte	2.005 Befragte
Gewichtung								
	Geschlecht, Alter, formale Bildung, Erwerbsstatus, Bundesland, Urban-Rural-Typologie							
maximale Schwankungsbreite								
	+/- 2,1%	+/- 2,1%	+/- 2,1%	+/- 2,2%	+/- 2,1%	+/- 2,1%	+/- 2,2%	+/- 2,2%
Befragungszeitraum								
	August bis Oktober	August bis Oktober	August bis Oktober	August bis Oktober	September und Oktober	September und Oktober	Oktober und November	Oktober und November
Feldarbeit								
	Jaksch Research GmbH							